

Regelsätze im SGB II und SGB XII steigen zum 1.1.2018.

Wer Hartz IV, Grundsicherung oder Sozialhilfe bezieht, bekommt ab 2018 mehr Geld. Dies ergibt sich aus der "Regelbedarfsstufen-Fortschreibungsverordnung 2018" (RBSFV 2018), die das Sozialministerium (BMAS) am 6.9.2017 erlassen hat.

Der Regelsatz steigt für

Alleinstehende und Alleinerziehende auf	416 € (plus 7 €),
Paare auf	374 € (plus 6 €),
Personen von 18 bis 24 Jahren sowie in Einrichtungen auf	332 € (plus 5 €),
Kinder von 14 von 17 Jahren auf	316 € (plus 5 €),
Kinder von 6 von 13 Jahren auf	296 € (plus 5 €),
Kinder von 0 von 5 Jahren auf	240 € (plus 3 €).

Der Bundesrat hat der Verordnung am 3.11.2017 zugestimmt.

Quelle: <http://www.bundesrat.de/SharedDocs/beratungsvorgaenge/2017/0601-0700/0619-17.html>, Stand 3.11.2017

Paritätischer fordert Regelsatz von 529 €

Als viel zu niedrig und „in keiner Weise bedarfsdeckend“ kritisiert der Paritätische Wohlfahrtsverband die geplante Erhöhung der Hartz-IV-Regelsätze zum 1.1.2018 um lediglich 7 € auf dann 416 €. In einer Studie hatte der Verband der Bundesregierung zuletzt manipulative Eingriffe in die statistischen Berechnungen nachgewiesen, die aktuell zu einer massiven Unterdeckung der Regelsätze in Hartz IV führen. Ohne jegliche Korrektur würden die viel zu niedrigen Regelsätze nun schlicht entsprechend der Preis- und Lohnentwicklung fortgeschrieben. Nach den Berechnungen des Paritätischen müsste der Regelsatz für Erwachsene bei sachgerechter Herleitung von derzeit 409 um mindestens 120 € auf dann 529 € angehoben werden.

„Der jetzige Regelsatz ist Ausdruck von kleinlicher Missgunst und armutspolitischer Ignoranz. Diese Bundesregierung hat für arme Menschen ganz offensichtlich und im wahrsten Sinne des Wortes nicht viel übrig. Im Koalitionsvertrag der nächsten Bundesregierung muss zwingend eine Reform der Regelsatzberechnung sowie die Schaffung einer bedarfsgerechten Mindestsicherung verankert sein“, fordert Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes.

Insbesondere die Kinderregelsätze seien absolut unzureichend. „Die Erhöhung der Kinderregelsätze um lediglich drei bis fünf Euro sind ein kinder- und familienpolitischer Skandal. Die Bekämpfung von Kinderarmut hat offenbar nur in Sonntagsreden Platz“, kritisiert Schneider. Der Paritätische fordert von der kommenden Bundesregierung die sofortige Einsetzung einer Expertenkommission, um die Frage zu beantworten, was ein Kind braucht.

Quelle: Gwendolyn Stilling, Der Paritätische Gesamtverband, 6.9.2017